

FRANKREICH

Vom Feind abgeholt

Frankreichs Bankenreform fällt zu lasch aus, meint **Thomas Hanke**.



Wer politische Macht hat, kann gestalten. Oft aber wird er selber geknetet und verformt. Frankreichs Staatschef François Hollande zählt eher zur zweiten Kategorie, wenn man sich seine Bankenreform anschaut. Finanzanalysten nennen sie ein Beispiel für erfolgreiche Lobbyarbeit:

Dieses Gesetz hätten die Banken auch selber schreiben können.

Hollande bezeichnete noch vor acht Monaten den Finanzsektor als den „eigentlichen Feind, einen Gegner, der kein Gesicht hat und uns trotzdem regiert“. Entmachten wollte er die Banken. Nie wieder sollten die Steuerzahler für Finanzinstitute geradestehen müssen, die mit den Einlagen ihrer Kunden Roulette spielen.

Doch was sein Finanzminister gestern vorgelegt hat, macht wenig davon wahr. Die Ratingagentur Fitch schlussfolgerte nüchtern, der Staat werde auch weiterhin für die Banken geradestehen. Die als „spekulativ“ bezeichneten Aktivitäten sind so eng gefasst worden, dass sie die Geschäfte der Banken kaum tangieren. Die müssen nur glaubhaft machen, dass sie nicht eigenes Geld einsetzen, sondern das von Dritten. Dann sind sie von der Auflage befreit, potenziell giftige Produkte in einer getrennten, eigenständig kapitalisierten Filiale unterzubringen.

Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici nimmt für sich in Anspruch, zwar nicht das radikalste Bankengesetz vorzulegen, aber das bislang einzige. Tatsächlich sind weder die Amerikaner noch die Briten mit ihren wesentlich weiter gehenden Auflagen so weit gekommen, dass ein Text im Gesetzblatt steht. Doch müssen die Franzosen sich fragen lassen, warum sie partout der europäischen Gesetzgebung vorausziehen wollten. Sie selber haben sich zu Recht und mit Erfolg für eine Bankenunion eingesetzt, die neben der Aufsicht auch die gemeinsame Abwicklung von Instituten vorsieht. Und der Liikanen-Bericht, der den riskanten Eigenhandel der Banken (Prop Trading) enger an die Leine nimmt als das französische Gesetz, soll 2013 in EU-Recht münden. Warum konnte Paris nicht so lange warten?

Die eigene Darstellung, man wolle mit einem „fortschrittlichen“ Recht schon einmal den Weg bahnen, kann man glauben, muss man aber nicht. Die andere Interpretation ist, dass der vor kurzem noch so radikale Hollande sich von den Banken hat verbiegen lassen, weil die über ein Killerargument verfügen: Arbeitsplätze. 400 000 Franzosen arbeiten für die Kreditinstitute des Landes, mehr als in der Autoindustrie. Seit 17 Monaten steigt die Arbeitslosigkeit ununterbrochen, und das wird wohl bis Ende 2013 so weitergehen. Da ist auch der mächtige Präsident empfänglich für die Botschaft: Ganz ruhig, sonst kostet es Jobs.

Mit diesem Gesetz haben die Banken in ihrem langen Match gegen die Politik wieder ein Tor erzielt. Sie sind nicht nur „too big to fail“, zu groß, um unterzugehen. Sie sind auch zu bedeutend, um noch an die Leine gelegt zu werden.

Der Autor ist Frankreich-Korrespondent. Sie erreichen ihn unter: hanke@handelsblatt.com

WORTE DES TAGES

clapd



„Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien war richtig, ist richtig und bleibt richtig, auch im Hinblick auf langfristig bezahlbare Energiepreise.“

Peter Altmaier, Bundesumweltminister

LEITARTIKEL

Unbarmherziger Absturz

Der Umgang mit dem deutschen Spitzenpersonal ist oft gnadenlos, kritisiert **Michael Inacker**.



Gefallene Engel: Es vergehen kaum Monate, in denen nicht eine einst mal strahlende Persönlichkeit der deutschen Politik oder Wirtschaft abstürzt. Und wenn sie abstürzt, dann in immer mehr Fällen endgültig, ohne Wiederkehr, mit Vernichtung von Ruf und beruflicher Existenz.

Die Skandale und Affären um Politiker wie Christian Wulff, Karl-Theodor zu Guttenberg, Stefan Mappus oder Vorstandschefs wie Heinrich von Pierer, den Investment-Banker Dirk Notheis oder jüngst Jürgen Fitschen haben zwar ihren Grund in konkretem Fehlverhalten – aber rechtfertigt dieses Fehlverhalten die teilweise zu beobachtende verbale Hinrichtung, gesellschaftliche Ächtung? Wie kommt es, dass eine Gesellschaft so unbarmherzig mit Menschen umgeht, deren Fehlverhalten oftmals kein Kapitalverbrechen bedeutet, sondern vielmehr in eher persönlicher Eitelkeit und Schwäche oder auch der Übernahme von Gesamtverantwortung für Fehler der eigenen Organisation begründet ist? Warum wird einem im Amt Gescheiterten der Neustart häufig verwehrt? Längst ist der Rücktritt als „Bestrafung“ nicht genug, der dauerhafte Ausschluss von allen öffentlichen Ämtern und Funktionen ist vielfach zur Regel geworden.

Eines wird bei den Begleiterscheinungen der jüngsten Skandale und Affären überdeutlich: Die öffentliche Debatte – jenseits berechtigter Kritik und jenseits der notwendigen juristischen Aufarbeitung – wird pharisäerhaft, manchmal bigott geführt. Wir legen an unser Spitzenpersonal Maßstäbe an, die wir selbst oftmals nicht erfüllen können oder wollen und die den Übermenschen fordern. Wir sind eine Gesellschaft ohne Fehlertoleranz und ohne Barmherzigkeit geworden. Wir sind eine Gesellschaft, die jederzeit in kollektiven Erregungszustand versetzt werden kann und dabei die Verhältnismäßigkeit aus dem Blick verliert.

Warum ist das so? Möglicherweise wegen des Verlusts unserer traditionellen religiösen Werte. Es mag überraschend klingen: Aber eine Gesellschaft ohne Gott ist eine Gesellschaft ohne Barmherzigkeit. Getreu einem Wort des Staatsrechtlers und Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde lebt die Demokratie von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen hat und die der religionsneutrale Staat auch nicht vorgeben kann. Gemeint hat Böckenförde das religiöse Fundament dieser Gesellschaft, das ihr wichtige Werte und Normen gab.

Heute verschwenden wir diesen Schatz. Wir geben unsere Werte auf, weil wir meinen, noch genug davon zu haben oder dass diese nicht mehr zeitgemäß sind. Übersehen werden jedoch die Risiken und Nebenwirkungen einer entchristlichten Gesellschaft. Dabei geht es nicht um das Wehklagen bürgerlich-konservativer Kreise über den Werteverfall in Deutsch-

land. Es sind selbst Sozialisten wie Gregor Gysi, der vor einigen Jahren in einem Gespräch mit Heiner Geißler bekannte: „Auch als Nichtgläubiger fürchte ich eine gottlose Gesellschaft.“

Die Fakten sind laut dem Buch des Publizisten Andreas Püttmann („Gesellschaft ohne Gott“) eindeutig: In Deutschland sind die christlichen Kirchen auf dem Rückzug aus dem öffentlichen Raum. Es ist ein Rückzug, den die kirchlichen Mitglieder schon längst angetreten haben. So erklärten in einer Allensbach-Umfrage 2005 nur zehn Prozent der Befragten: „Ich bin gläubiges Mitglied meiner Kirche, fühle mich der Kirche eng verbunden.“

Kein Zweifel, Moral gibt es auch in einem nichtchristlichen Umfeld. Doch wenn, so der Sozialdemokrat Böckenförde, bei Werten und Normen eine Rückbindung an die Religion nahezu ausfällt, dann sind diese am Ende wenig stabil. Wir verkaufen unsere christlich geprägte Sozialisation und ersetzen diese Moral und den von ihr geprägten gesunden Menschenverstand durch die Dominanz der großen Rechtsanwaltskanzleien. Es sind Rechtsfabriken, die dann in Politik und Unternehmen Verhaltensregeln einführen. Sie schaffen damit neue Wertegebäude, in denen für den Faktor Mensch nur noch wenig Platz bleibt.

Wer in Ungnade fällt, hat kaum Chancen auf Rehabilitierung. Sicherlich setzt diese Rehabilitierung Einsicht, Selbstkritik, auch Bestrafung voraus. Doch die Priester der von Barmherzigkeit befreiten Leitkultur kennen selten das Prinzip der Gnade, das der christlichen Anthropologie zugrunde liegt. Eine christliche Gesellschaft weiß um die Fehlbarkeit des Menschen. Sie will nicht den Übermenschen, sondern setzt auf Reue und Vergebung. Wer Reue zeigt, konnte im Christentum auf eine zweite Chance hoffen. Erfolg nach dem Scheitern ist auf dieser Grundlage möglich. Die heutige Übermoral im öffentlichen Raum besteht auf Bestrafung, die lebenslänglichen Charakter hat.

Die Folgen treffen nicht nur einzelne Personen, sondern verändern schleichend die Kultur und den Umgang miteinander. Es entsteht ein Klima der Absicherung, der Risiko- und Verantwortungsvermeidung. Entscheidungen werden nicht mehr getroffen, sondern moderiert. Man will nicht nur keine Fehler machen, sondern auch vermeiden, schuldig zu werden. Denn wer Schuld auf sich lädt, kann auf Vergebung nicht hoffen. Einer Gesellschaft mit fehlender Wertebasis fehlt nicht nur ein Kompass, sondern auch die Fähigkeit, sich weiterzuentwickeln. Sie erstarrt, denn nur die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Scheitern – zu Fehler, Reue und Neustart – ist Voraussetzung dafür, dass Menschen Verantwortung und Risiken übernehmen.

Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Hauptstadt-Büros. Sie erreichen ihn unter: inacker@handelsblatt.com

„Sollte Deutschland keine wirkliche Zentralbank akzeptieren, sind wir zur Abkehr vom Euro und zur Rückkehr zu unserer Währung gezwungen.“

Silvio Berlusconi,
Italiens Ex-Premier

„Wir werden Afghanistan nicht verlassen. Wir werden weiter solidarisch bleiben.“

Joachim Gauck,
deutscher Bundespräsident, während seines Besuchs beim afghanischen Präsidenten Hamid Karsai



IMMOBILIEN

Zerrüttete WG

Ich musste neulich lesen, dass Berlin, gemessen am Einkommen, die zweitteuerste Stadt zum Wohnen im Lande ist. Nur in München müssen die Menschen einen noch höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete entrichten. Dagegen ist Düsseldorf billig, eben weil die Menschen dort so reich sind, dass die Preise einfach nicht hinterkommen.

Ich hingegen wohne in der Hauptstadt, wo die Mieten steigen, die Löhne sich aber kaum bewegen. Ich konnte mich dieser Problematik nur entziehen, indem ich vor fünf Jahren eine Wohnung in Kreuzberg kaufte. Nun bin ich in etwa so verschuldet wie Griechenland, aber im Unterschied zu mir hat Griechenland keine Wohnung in Berlin. Einige Griechen allerdings schon. Meine Wohnung verdient jedenfalls im Jahr mehr als ihr Besitzer.

Das belastet unser Zusammenleben zunehmend. Ich humple von der Arbeit nach Hause, schleppe mich schwach wie ein angefahrener Hund durch die Tür. Meine Wohnung hingegen lümmelt noch ganz genauso herum, wie ich sie am Morgen verlassen habe - und hat trotzdem mehr in der Kasse als ich. Als wir vor fünf Jahren zusammengekommen sind, passten wir gut zusammen. Ich war nicht mehr ganz jung, sie Altbau, ich kerngesund, sie kernsaniert. Aber während ich jeden Tag ins Büro ging, machte sie zu Hause ihr eigenes Business.

Nun passen wir nicht mehr zusammen. Meine Wohnung hält mir vor, dass in den Nachbarwohnungen längst Regisseure, Gewerkschaftsbosse und Verlagsmanager wohnen. Das sind Menschen, die kurz überlegen, ob sie die Polizei holen, wenn sie mir im Treppenhaus begegnen. Mittlerweile muss ich immer etwas an der Haus-

tür rütteln, um hineinzugelangen - ich bin meiner Wohnung offenbar peinlich, sie findet, sie hätte jemand Besseres verdient.

Aber auch ich trage natürlich meinen Teil dazu bei, dass wir uns auseinandergelebt haben. Ich finde es unmoralisch, wie meine Bude schamlos Geld macht und mit ihrer Spitzenlage prahlt. Manchmal, wenn ich in meiner Küche sitze und mein viertes Bier trinke, werfe ich ihr vor, dass man auch in einer Spitzenlage schnell in eine beschissene Lage geraten könne, sie solle nur abwarten. Die Wohnung schweigt mich dann einfach an. Ich überlege mir oft, sie zu verlassen. Aber wohin soll ich gehen? Die Hauptstadt gentryfiziert so schnell, dass man kaum noch eine Gegend findet, in der keine Künstlerehepaare oder zumindest der Sohn von Cat Stevens wohnt - das ist die Realität.

Ich fürchte mich vor dem Tag, an dem ich vergeblich an der Haustür rütteln werde, hoffentlich ist es dann nicht mehr Winter. Vielleicht löst sich das Problem aber auch auf andere Weise. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung konnte ich jüngst entnehmen, dass der Anteil der Bevölkerung in Deutschland, der der Mittelschicht zugerechnet wird, langsam verschwindet. Heute morgen vor dem Badezimmerspiegel kam ich mir schon etwas durchsichtig vor. Ich nehme an, es dauert nicht mehr lange, dann bin ich einfach weg. Mit meinen Schulden darf sich dann die Merkel herumschlagen oder der Steinbrück, je nachdem, wer Lust hat.

Viele Menschen stellen fest, dass ihre Wohnungen mehr verdienen als sie selbst, befindet **Tillmann Prüfer**.



Der Autor ist Redakteur beim „Zeit-Magazin“ und war Kolumnist der „FTD“. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

SÜDAFRIKA

Kein Neustart am Kap

Zumas Wiederwahl ist enttäuschend, aber es gibt Hoffnung, sagt **Wolfgang Drechsler**.



Auf den ersten Blick ist die Wiederwahl von Jacob Zuma zum Parteichef des Afrikanischen Nationalkongress (ANC) kaum zu verstehen. Unter seiner Führung ist die einstige Widerstandsbewegung und heutige südafrikanische Regierungspartei genau 100 Jahre nach ihrer Gründung in eine tiefe Existenzkrise geraten. Seit es

beim letzten großen Parteikongress im Jahre 2007 zum Eklat kam und der damalige Präsident Thabo Mbeki als Parteichef abgewählt und durch Zuma ersetzt wurde, taumelt der einzige Industriestaat Afrikas richtungslos dahin. Die permanenten Machtkämpfe im ANC haben Südafrikas Wirtschaft und seine politischen Institutionen schwer beschädigt.

Inzwischen besteht kein Zweifel mehr daran, dass der von zahllosen Skandalen geplagte Zuma nicht am Allgemeinwohl, sondern allein am eigenen Machterhalt interessiert ist. Aus Sorge, vom Staat für frühere Verfehlungen belangt zu werden, hat Zuma zudem die Strafverfolgungsbehörden weitgehend gelähmt und damit der Korruption am Kap neuen Nährboden bereitet.

Bedrückend ist vor allem, dass Zuma die Grundlagen einer Demokratie wie das Konzept der Machtteilung zwischen Staat und Justiz allenfalls in Ansätzen versteht. Durch die Wahl zum Parteichef hat Zuma dennoch die besten Chancen, auch bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren wieder Staatspräsident zu werden. Denn trotz aller Fehler beherrscht der ANC das Land noch immer mit einer Zweidrittelmehrheit - und zehrt noch immer von der Aura der Befreier.

Immerhin aber gibt es einen Lichtblick: Mit dem neuen Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa steht Zuma fortan ein ausgesprochen pragmatischer, wirtschaftsfreundlicher und populärer ANC-Veteran zur Seite. Der einstige Gewerkschaftsführer, der sich nach seiner Niederlage bei der Mandela-Nachfolge 1999 aus der Politik zurückzog, zählt heute zu den erfolgreichsten Geschäftsleuten am Kap. Mit seiner Wahl hat der 60-Jährige nun beste Chancen, Zuma einmal als Staatspräsident zu beerben. Mit ihm würde dann ein echter Modernisierer das Land regieren.

Ramaphosa wird dann die Aufgabe zufallen, mit einer neuen und wirtschaftsfreundlichen Politik das Vertrauen der Investoren in Südafrika wieder zurückzugewinnen - und Südafrika vor dem Verfall zu bewahren.

Der Autor ist Korrespondent in Kapstadt. Sie erreichen ihn unter: drechsler@handelsblatt.com